

# Laibacher Zeitung



**Pränumerationspreis:** Mit Postversendung: ganzjährig 80 K., halbjährig 45 K. Im Kontor: ganzjährig 22 K., halbjährig 11 K. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig 2 K. — **Insertionsgebühr:** Für kleine Inserate bis zu vier Zeilen 50 h, größere per Zeile 12 h; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 h.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Miklosichstraße Nr. 16; die Redaktion Miklosichstraße Nr. 16. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

## Amtlicher Teil.

Den 1. Oktober 1913 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das LXXIV. Stück des Reichsgesetzblattes in deutscher Ausgabe ausgegeben und versendet.

Den 1. Oktober 1913 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das Titelblatt, das chronologische und alphabetische Repertorium zur rumänischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes, Jahrgang 1912, das LX. und LXIV. Stück der kroatischen, das LXV. und LXVI. Stück der rumänischen und das LXIX. Stück der kroatischen Ausgabe des Reichsgesetzblattes des Jahrganges 1913 ausgegeben und versendet.

Nach dem Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 1. Oktober 1913 (Nr. 227) wurde die Weiterverbreitung folgender Preßerzeugnisse verboten:

- Nr. 39 „Deutscher Mahnruf“ vom 27. September 1913
- Buch: „Bollettino della Società degli Alpinisti Tridentini“, Nr. 4, Jahrgang X, herausgegeben in Rovereto am 25. September 1913 von der Druckerei Tipografia Roveretana.
- Nr. 20 „Česky sever“ vom 26. September 1913.
- Nr. 39 „Stráž lidu“ vom 26. September 1913.
- Nr. 76 „Schönbacher Zeitung“ vom 24. September 1913.
- Nr. 76 „Egerländer Bezirksblatt“ vom 24. Sept. 1913.
- Nr. 75 „Volksstimme“ vom 23. September 1913.
- Nr. 214 „Dito“ vom 25. September 1913.
- Nr. 196 „Herold polski“ vom 27. September 1913.
- Nr. 18 „Viitorul“ vom 24. September 1913.
- Nr. 223 „Sloboda“ vom 26. September 1913.

## Nichtamtlicher Teil.

### Der bulgarisch-türkische Friedensvertrag.

Aus Sofia wird der „Pol. Kor.“ gemeldet: In maßgebenden Kreisen wird lebhafteste Befriedigung über die Haltung kundgegeben, welche die Pforte beim Abschluß des Friedensvertrages, nachdem einmal die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete in Thrazien der Regelung zugeführt worden war, gegenüber den Wünschen Bulgariens eingenommen hat. Mit besonderer Anerkennung äußert man sich über die wertvollen Zugeständnisse, welche die türkische Regierung an Bulgarien hinsichtlich der Benützung der Eisenbahnlinie Mustapha Pascha-Adrianopel-Debeagac für die Beförderung von Truppen und Kriegsmaterial gemacht hat. Ferner wird die Wichtigkeit hervorgehoben, welche der Einwilligung der Pforte zur unverzügerten Einleitung von Arbeiten für den Entwurf eines Handelsvertrages zukommt. Man

unterläßt auch nicht, die Bedeutung zu betonen, die der erzielten Verständigung in politischer Hinsicht innewohnt. In Anbetracht des Geistes, der in den Verhandlungen der Bevollmächtigten der beiden Staaten herrschte, sowie der Ergebnisse, zu dem sie gelangt sind, ist man von der Zuversicht erfüllt, daß die Anbahnung eines Verhältnisses der besten Freundschaft zwischen Bulgarien und der Türkei von Erfolg begleitet sein wird, und man hält die Hoffnung für wohl begründet, daß sich aus der Pflege dieser Beziehungen in der Zukunft eine noch engere gegenseitige Annäherung entwickeln dürfte.

### Die Türkei und Griechenland.

Nach einer der „Pol. Kor.“ aus Konstantinopel zugehenden Meldung ist in der zwischen der Türkei und Griechenland entstandenen Spannung insofern ein Nachlassen zu verzeichnen, als der türkische Unterhändler Reschid Bey, dessen Rückkehr nach Athen bekanntlich wiederholte Verzögerungen erfahren hat, diese Reise nunmehr angetreten hat. Im Standpunkte der Pforte hinsichtlich der Fragen, welchen die jetzigen Meinungsverschiedenheiten entsprungen sind, soll allerdings keine Änderung eingetreten sein, und man hat in Konstantinopel die Forderung nicht fallen lassen, daß Griechenland in den Angelegenheiten des Indigenats der Muselmanen und der Bakufgüter in den neuen griechischen Gebieten der Türkei die gleichen Zugeständnisse mache, wie sie von Bulgarien in den neuen bulgarischen Gebieten eingeräumt worden sind.

Aus Athen wird der „Pol. Kor.“ berichtet: In den politischen Kreisen ist man von dem überaus schleppenden Gang, den die Verständigung mit der Türkei nimmt, sehr befreudet. Obgleich sämtliche Punkte des Friedensvertrages, bis auf zwei, auf Grund der in Athen gepflogenen Verhandlungen bereits Ende August in endgültiger Form festgestellt waren und die Reise des türkischen Unterhändlers Reschid Bey nach Konstantinopel bloß dem Zwecke galt, Instruktionen in den Fragen der künftigen Staatsangehörigkeit der Muselmanen in den neuen Gebieten Griechenlands sowie der Behandlung der Bakufgüter in diesen Territorien galt, hat der Meinungs-austausch seither nicht nur keine Förderung gebracht, sondern bedauerlicherweise sogar einen zugespitzteren Charakter angenommen. Gegenüber der der Pforte zugeschrie-

benen Absicht, im Zusammenhange mit den jetzigen Verhandlungen auch die Inselfrage einer Regelung zuzuführen, ist zu betonen, daß eine derartige Forderung ganz unzulässig erscheint, da die Ordnung dieser Angelegenheit durch den Londoner Mai-Vertrag von beiden Staaten übereinstimmend den Mächten überlassen worden ist. Die Nachrichten über militärische Vorkehrungen, die angeblich auf türkischer Seite im Hinblick auf die Stockung der Verständigung mit Griechenland getroffen werden, erregen in Athen Verwunderung, da der Gedanke eines bewaffneten Konfliktes zur Bedeutung der Angelegenheiten, deren Vereinigung noch zu erfolgen hat, sicherlich in krassem Mißverhältnis steht. Was die Gelüste zu einem neuen Kampfe gegen Griechenland, die in manchen türkischen Heereskreisen herrschen sollen, betrifft, betont man in Athen, diese Kreise können, so gehoben auch ihr Mut durch die Erfolge in Thrazien sein mag, unmöglich annehmen, daß für eine neue türkische Kriegsaktion gegen Griechenland gleich günstige Bedingungen gegeben wären, wie sie in Thrazien bestanden.

## Politische Uebersicht.

Laibach, 2. Oktober.

Das „Fremdenblatt“ verzeichnet die Kundgebungen der wirtschaftlichen Körperschaften in Böhmen für den nationalen Frieden im Lande mit großer Genugtuung. Es sei jedenfalls ein Beweis für das tiefe Friedensbedürfnis in Böhmen, daß diese Bewegung so große Dimensionen annimmt und daß deutsche und czechische Korporationen darin wetteifern, das Friedenswerk zu fördern. Die Durchsetzung unserer handelspolitischen Postulate auf dem Balkan wird sehr wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, die trennenden Momente in unseren inneren Fragen zurückzustellen. Wenn jemals, so gelten jetzt die Worte, daß Einigkeit stark macht und daß nur durch das bewußte Zusammenwirken aller produzierenden Stände das Jahr des Abschlusses unserer Handelsverträge mit den Balkanstaaten auch zu einem Jahr des Segens für unser gesamtes Wirtschaftsleben werden kann.

Der Pariser Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ berichtet über ein Gespräch mit dem serbischen Ministerpräsidenten Pašić, in welchem dieser die Absicht Serbiens kundgibt, mit Österreich-Ungarn gute und loyale Beziehungen zu unterhalten. Er hoffe, Gelegenheit

## Fenilleton.

### Mitglied des Vereines gegen Bettelei.

Skizze von Fulvia.

Herr Nikolaus Spader tat den letzten Hammerschlag mit der befriedigten Miene eines Mannes, der ein verdienstvolles Werk soeben zu Ende geführt hat.

Das kleine Muminiumtäfelchen hing nun leuchtend in der Sonne da, vom Vereinswappen gekrönt. Es war der Form nach dasselbe Täfelchen, das auch das Eingangstor der Villa schmückte.

„Therese!“ rief nun Herr Spader mit beinahe triumphierend klingender Stimme.

Die alte Schwester erschien beim Fenster des zu ebener Erde gelegenen Speisesaales, warf einen raschen Blick auf das vollendete Werk des Bruders, runzelte die Stirne, schüttelte mißbilligend den Kopf und warf dann mit wütender Gebärde das Fenster zu. Aber Spader, der würdige Bürgermeister des Ortes, schmunzelte ob dieses Luns nur vergnügt vor sich hin.

Sie waren sehr verschieden in ihren äußeren Erscheinungen und in ihren Charakteren, diese beiden Geschwister. Therese, wohlbeleibt, stets fröhlich und auf der Jagd nach etwaigen Staubkörnern, Nikolaus hager und mager, überall Bösenwichte witternd, aber dabei gewissenhaft seinen amtlichen Funktionen ergeben.

Doch ein Blick, ein Wort genügte, um zwischen den beiden ein Einverständnis zu erzielen, einen den unausgesprochenen Wunsch des anderen erraten zu lassen.

Auch diesmal beschloß der Bürgermeister, das gestörte Einvernehmen rasch wiederherzustellen, und vergnügt vor sich hinlächelnd, erstieg er nun die wenigen Stufen, die aus dem Garten in das Zimmer seiner Schwester führten. Mit verräterisch zuckenden Mundwinkeln trat sie ihm entgegen und gleich einem Sprühregen prasselte ihr Wortschwall auf ihn nieder: „Es ist eine Schande! . . . Eine Schmach für das Haus! . . . Wir sind doch keine Barbaren, keine Unmenschen! Dein feiner Verein besteht aus nichts als aus lauter Egoismen, der sich ein philanthropisches Mäntelchen umgehängt hat! . . . Er ist eine Beleidigung der Naturgesetze, ein Mord am Evangelium!“

Und erregt fuchtelte sie mit den Händen vor den Augen des Bruders umher, unfähig, ihren Zorn einzudämmen.

„Ruhe, Ruhe,“ besänftigte sie Nikolaus. „Es ist ganz überflüssig, daß du dich wie eine Wahnsinnige benimmst! . . . Wenn man dir zuhört, könnte man meinen, ich sei ein Verbrecherkönig! . . . Tue ich denn nicht nur dasselbe wie der Notar, der Arzt und alle die anderen? . . . Sie alle haben an ihren Türen dieses Mitgliedszeichen des Vereines gegen die Bettelei! Ich kann unser Tun nur höchst moralisch finden!“

Doch unbesänftigt fiel ihm Therese ins Wort: „Zum Teufel mit euch allen! . . . Und du mit deinen Reden eines Staatsanwaltes! . . . Aber mich fängst du nicht mit deinen Worten! . . . Ich wiederhole dir, daß ihr abgefeimte Egoisten seid und Heuchler obendrein! . . . Feine Burschen, ihr, die ihr im Wohlleben schwelgt und euren Nächsten verhungern läßt!“

„Du bist eine glänzende Rednerin, liebe Schwester,“ erwiderte Nikolaus. „Aber die Statistiker verstehen doch mehr als du! . . . Darüber kann kein Zweifel herrschen!“

Therese änderte plötzlich ihren Ton und ein gutes Lächeln huschte über ihre Züge, als sie schmeichelnd sprach: „Welcher Unfinn, Bruder, daß wir uns wie zwei Kampfshähne gegenüberstehen! Wir wollen es so halten: Wenn du allein zu Hause bist, und sich ein Landstreicher, ein hungerndes Kind oder ein elendes Weib unserer Tür nähert, um Hilfe zu erbitten . . . dann zeigst du ganz würdevoll auf dein Türschildchen und erhebst dich, um das verweigerete Almosen in die Vereinsbüchse zu werfen! . . . Bin ich hingegen hier, so will ich den Unglücklichen rasch und verstoßen ein Tellerchen Suppe, ein Paar warme Strümpfe oder ein Kupferstück zusteden!“

Argerlich erwiderte der Bürgermeister: „Das kann ich dir nicht erlauben, denn du untergräbst mit deinem Dawiderhandeln vor den Leuten die Autorität meines Hauses!“

„Deines Hauses? Gehört es mir nicht ebenso gut?“ schrie Therese. „Bruder, Bruder, wohin geräfst du?“ Dann aber streckte sie ihm in einer plötzlichen versöhnlichen Aufwallung die Hand entgegen und sprach: „Lassen wir Rechte und Gesetze lieber ganz aus dem Spiel! Von ihnen wird das Herz nicht satt!“

Mürrisch vor sich hinbrummend ergriff Herr Spader die dargebotene Hand, dann schlüpfte er in seinen Pantoffeln in sein Arbeitszimmer zurück, um noch lange über weiblichen Starrsinn und weibliche Unlogik zu brummen.

Therese blieb ihrem Vorfaze treu. Ganze Karawanen von vorbeiziehenden Bettlern beteilte sie mit Brot

zu haben, der Nachbarmonarchie ein praktisches Zeugnis dieses guten Willens zu geben, sobald die Frage der Eisenbahn zur Sprache kommen werde. Serbien wolle in seinem Entgegenkommen bis an die Grenze des Möglichen gehen. Serbien, das nach den Erfolgen des Balkankrieges wirtschaftlich lebensfähig geworden sei, werde zu einem wertvollen Kunden und Handelsfreunde Österreich-Ungarns werden. Bezüglich der Operationen gegen die aufständischen Albaner erklärte Pašić, es müssen gewisse strategische Punkte besetzt werden, deren Besitz allein Serbiens Sicherheit verbürgen kann. Serbien will keine Gebietserweiterung, sondern eine Grenzberichtigung, selbst wenn Opfer von beiden Seiten gebracht werden müßten. Die künftige politische Gestaltung des Balkans wird mit einem Defensivbündnis zu rechnen haben, das Serbien und Griechenland vereinigen wird. Rumänien, unter dessen Auspizien der neue Zustand am Balkan hergestellt worden ist, würde sich, davon sei er überzeugt, mit aller seiner politischen und militärischen Kraft für den Schutz dieses Zustandes einsetzen. Serbien, Griechenland, Rumänien bieten also tatsächlich einen Balkanfriedensbund, der hoffentlich nie genötigt sein wird, zur Erhaltung des Friedens ans Schwert zu appellieren.

Da die Ereignisse an der albanischen Grenze die ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, dürften die Verhandlungen zur Regelung der serbisch-montenegrinischen Grenzfragen, deren Wiederaufnahme nach der Rückkehr des serbischen Ministerpräsidenten Pašić nach Belgrad erfolgen sollte, für den Augenblick nicht wieder aufgenommen werden.

Aus Paris wird gemeldet: „Radical“ bekämpft die angekündigte Emission einer serbischen Anleihe, da die Garantien Serbiens, solange der Friede nicht endgültig gesichert ist, unsicher seien. Frankreich müsse wissen, was Serbien mit dem Gelde machen will. Serbien werde mit Österreich-Ungarn wegen des Ankaufes der Orientbahnen verhandeln müssen. Ferner müsse man wissen, ob Serbien nicht Kompensationen im albanischen Territorium verlangen und ob die serbische Militärpartei nicht va banque spielen werde. Die französische Regierung und die republikanische Mehrheit des Parlaments werden der Kotierung serbischer und anderer Anleihen nur zustimmen, wenn sie überzeugt sind, daß das Geld den Interessen des Friedens und Frankreichs dient und das französische Kapital die größtmögliche Sicherheit erhält.

Nach einer Meldung aus London hat sich die Erregung der öffentlichen Meinung in Japan über das Verhalten der chinesischen Regierung bei der Beilegung des Zwischenfalles von Nanjing noch nicht vollständig gelegt. Dies habe seine Ursache in dem Umstande, daß entgegen der Nachricht, wonach bereits alle von Japan gestellten Forderungen erfüllt worden wären, die verlangte Genugtuung noch nicht in ungeschmälertem Umfange geboten worden ist. In der japanischen Öffentlichkeit äußert sich lebhafter Unwille über das hinhaltende Verfahren des Pekinger Kabinetts. Die japanische Regierung lasse sich jedoch von dieser Strömung nicht zu einer Änderung ihrer bisherigen maßvollen Haltung drängen, sondern warte die volle Befriedigung ihrer Ansprüche auch jetzt noch mit Ruhe ab, wobei sie sich der Hoffnung hingibt, daß die chinesische Regierung die Notwendigkeit erkennen werde, den durch den Zwischenfall von Nanjing entstandenen Konfliktsstoff nunmehr ohne weiteres Bögern gänzlich aus der Welt zu schaffen.

und Suppe, und Nickel um Nickel wanderte in die Taschen der Heimatlosen, die sie nach dem Ausspruch ihres Bruders direkt dem Delirium tremens in die Arme trieb. Auch Nikolaus Spader verharrte unentwegt in seinem Entschluß.

An einem heißen Julitag befand er sich in seinem kühlen, bequemen Arbeitszimmer und streckte sich behaglich in seinem Lehnstuhl. Da ertönte plötzlich der Klang der Tür Glocke schrill durch das Haus.

„Marie wird schon öffnen gehen!“ dachte der Bürgermeister gähnend. Aber das Mädchen schien in der Küche in tiefen Dornröschenschlaf gesunken zu sein, denn sie rührte und regte sich auch nicht, als die Glocke zum zweiten Male anschlug.

„So wird sich wohl Therese entschließen müssen, zu öffnen!“ ging es träge durch Herrn Spaders Gehirn.

Aber Therese hatte sich schon vor einem Stündchen, mit Flaschen und Päckchen beladen, aus dem Hause geschlichen, um hungrige Mägen damit zu beglücken.

Beim dritten Läuten entschloß sich endlich Herr Spader schweren Herzens, selber nachzugehen, was es gäbe. Trägen Schrittes durchmaß er den Garten, der in leuchtender Sommerpracht vor ihm lag, und der schwere Duft der Blumen stieg ihm schier betäubend zu Kopfe.

„Wer ist hier?“ rief der alte Junggeselle barschen Tones, als er endlich beim Torgitter stand. „Ist das eine Art, zu läuten, und einen friedlichen Christenmenschen im Schlafe zu stören?“

Es war ein starker, schöner, ungefähr achtzehnjähriger Burtsche, der nun dem Zürnenden gegenüberstand.

(Schluß folgt.)

## Tagesneuigkeiten.

— (Wieviel Bargeld gibt es?) Die Statistik hat ohne große Mühe feststellen können, wieviel Gold und Silber seit der Entdeckung Amerikas an die Oberfläche der Erde gefördert worden ist, das heißt, sie hat das Gewicht der zutage gebrachten Gold- und Silbermassen bestimmt. Ihre Bemühungen sind aber nutzlos gewesen, um die Verwendung dieses Goldes und Silbers in den letzten vier Jahrhunderten anzugeben. Die „Münze“ der Vereinigten Staaten von Amerika hat aber eine groß angelegte Enquete eingeleitet, um wenigstens eine genaue Statistik für die letzten dreißig Jahre zustande zu bringen. Dank den Vereinigten Staaten kann man nun wissen, welche Quantitäten von Gold und Silber gegenwärtig existieren, sei es in unverarbeiteter Form, sei es in der Form von Münzen. Was nun die Verarbeitung von Gold und Silber zu Geld betrifft, so zeigt die amerikanische Statistik, daß man in den letzten 30 Jahren für 61 Milliarden 47 Millionen Kronen wertvolle Metalle gemünzt hat. In dieser Verarbeitung repräsentiert Gold 38½ Milliarden Kronen und Silber 22 Milliarden Kronen. Folgt man der Statistik von Jahr zu Jahr, so sieht man, daß in einem gewissen Moment die Verarbeitung des gelben Metalls die des weißen Metalls übertrifft. Dies ist nicht erstaunlich, denn es werden nicht allein neue Metallmassen zu Münzen umgewandelt. Manche Staaten schmelzen ihre alten Münzsorten um, sei es nach einer gewissen Periode der Abnutzung, sei es, weil sich der Typus der Münzen geändert hat, wie in Österreich-Ungarn und in Chile. In manchen Staaten stammen die Goldbarren auch aus fremden Münzsorten und sogar aus Schmuckstücken. Wie hoch ist nun gegenwärtig der Stock des Geldes in der ganzen Welt? die amerikanische Statistik schätzt ihn auf 47 Milliarden 138 Millionen Kronen. Was die Anzahl der Münzen betrifft, die auf jeden Bewohner eines Landes entfallen, so ist sie folgendermaßen dargestellt: In Gold: Auf jeden Einwohner Österreich-Ungarns 36 Kronen, Deutschlands 15 Kronen, Englands 75 Kronen, der Vereinigten Staaten von Nordamerika 95 Kronen, Frankreichs 153 Kronen, Rußlands 32 Kronen usw. Und in Silber entfallen auf jeden Einwohner Österreich-Ungarns 13 Kronen, Deutschlands 25 Kronen, Englands 13 Kronen, der Vereinigten Staaten von Nordamerika 40 Kronen, Frankreichs 54 Kronen, Rußlands 3 Kronen. In den Augen mancher Statistiker ist aber der Platz, den diese Staaten in der Statistik einnehmen, nicht besonders angenehm; dieser Überschuß an Metallreserven scheint ihnen exzessiv und der Besitz an „Papier“ nützlich.

— (Eine Spinne in Dantes Nase.) Eine höchst merkwürdige Dante-Reliquie bewahrt man in Florenz im Hause des Dr. Stacchini auf: die Spinne aus Dantes Nase. Hiemit hat es, wie der „Corriere“ erzählt, folgende eigentümliche Bemannung: Im Jahre 1865 begab sich eine toskanische Mission nach Ravenna, um dort das Skelett Dantes zusammenzusetzen. Es waren dabei der Florentiner Bildhauer Pazzi, der Dante-Forscher G. B. Giuliani und andere. Die Anwesenden sahen mit gemischten Gefühlen, daß sich in der Nasenhöhle von Dantes Schädel eine Spinne niedergelassen hatte. Diese Spinne wurde nun aufgenommen, in ein Kästchen gesetzt und aufbewahrt. Eine Urkunde, von Dr. Giuliani am 13. Juni 1865 aufgesetzt, bestätigte die Authentizität der Spinne, die dadurch zu einer Art Dante-Reliquie geworden ist.

— (Ein Gemüt.) Von einem schwäbischen Zahnarzt wird dem „Tägl. Kor.“ der folgende Scherz erzählt: Zu mir in die Sprechstunde kommt ein biederer Bürger unseres Städtchens und erkundigt sich zunächst angelegentlich nach dem Preisunterschied zwischen alter Methode und neuer Behandlung „schmerzlos mit Kokaïn“. Nach-

dem ich ihn darüber belehrt hatte, daß der Unterschied etwa einen Taler betrage, meint er nach einer kurzen Überlegung: „A, lasse mers bei dr alte Methode! Die Schmerze werde ein' nitt glei umbringe! 's wird auszuhalte sein!“ Ich machte ihm mein Kompliment wegen seines Mutes. „A,“ wehrt er bescheiden ab, „'s ischt ja nitt für mich, daß i g'fragt hab! 's ischt ja bloß für mei Frau!“

— (Der Erreger des Rheumatismus entdeckt.) In einer Veröffentlichung der Pariser Biologischen Gesellschaft werden Versuche bekannt, durch welche der Urheber des Rheumatismus aufgefunden zu sein scheint. Man hat festgestellt, daß sich im Blute und in den Gelenkgefäßen rheumatischer Personen kleine, schimmernde Körperchen befinden. Diese sind aber keine Mikroben, sondern der niedrigsten Klasse angehörige Tiere, der Protozoen. Die Untersuchungen über diese Protozoen, die eine ähnliche Rolle spielen dürften wie die Trypanosomen bei der Schlafkrankheit, gehen weiter.

— (Ein Fliegerwettbewerb Europa-Asien.) Die Vorbereitungen zu der Organisation von zwei großen internationalen Wettflügen, die unter dem Patronate der Nationalen Luftliga von deren Präsidenten Quinton geleitet werden soll, sind nun so weit gefördert, daß die Grundlagen des Planes bekanntgegeben werden. Der eine Wettflug wird von Paris über Konstantinopel und Jerusalem nach Kairo führen, der zweite von Paris ebenfalls über Konstantinopel nach Bagdad und weiter bis zum Persischen Golfe. Zwei sehr bekannte französische Herrenflieger haben sich bereits gemeldet. Sobald der über Kleinasien zu wählende Weg endgültig festgestellt ist, wird mit der Anlage der notwendigen Zwischenstationen, die in Abständen von zwei- bis dreihundert Kilometern errichtet werden sollen, begonnen. Für den Flug Konstantinopel-Kairo werden zurzeit zwei Wege studiert: der eine folgt der Küste über Smyrna, Merzina, Alexandrette, Beirut und Port Said, der zweite schließt sich der Eisenbahnlinie Konstantinopel-Konia an, führt dann über den Taurus nach Aleppo und mündet bei Jerusalem, um dann über Damaskus weiter zu führen. Der Flug Konstantinopel-Persischer Golf soll in der Linie Konia-Aleppo-Guphratal-Bagdad erfolgen.

— (Die amerikanische Junggesellensteuer.) Es scheint, daß die Schöpfer der Steuern sich nicht mehr damit begnügen, die Junggesellen durch drohende Mahnungen einzuschüchtern: es wird ernst. Und es handelt sich auch nicht um irgend ein ungewisses Steuerprojekt irgend eines amerikanischen Einzelstaates, nein, die Bundesregierung macht allen Ernstes Miene, für die ganzen Vereinigten Staaten eine Junggesellensteuer einzuführen. Der Titel ist vielleicht unrichtig, in der Sache aber bleibt kein Zweifel, denn in Washington hat die mit der Beratung der Einkommensteuergesetze betraute Kommission des Repräsentantenhauses und des Senates festgesetzt, daß künftig Junggesellen von einem gewissen Einkommen ab eine Extrasteuer von zehn Dollar, also von mehr als 40 Kronen, zu entrichten haben werden. Während bei verheirateten Männern und Frauen das selbständige Einkommen von einer Höhe von 4000 Dollar ab steuerpflichtig wird und geringere Einkommen steuerfrei bleiben, soll der Junggeselle bereits von einem Einkommen von 3000 Dollar ab Steuer entrichten. Die Amerikaner gehen also dem Portemonnaie der Junggesellen viel energischer zu Leibe, als der englische Staatssekretär Lloyd George es für England möchte, denn hier besteht nur der Plan, Familienvätern für jedes Kind einen Abzug von 200 K von der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens einzuräumen. Der Zusatz zu der amerikanischen Verfassung, der dem Kongreß die Vollmacht gibt, eine Einkommensteuer für die Vereinigten Staaten einzuführen, hat erst in diesem Jahre Gesetzeskraft erlangt.

mich dieses Schreiben wahrhaftig veranlassen, einen mit Ihnen zu trinken. Aber ich muß fort. Gott! Wie die Zeit vergangen ist! rief er, nach der Uhr sehend. Das macht Ihre angenehme Gesellschaft. Vergessen Sie nicht, rechtzeitig die Tasche zu schicken; sagen wir um halb sechs. Ich werde diesen Brief auch behalten. Ich bin Ihnen wirklich außerordentlich dankbar. Bleiben Sie nur, Sie brauchen nicht wieder die Treppen zu steigen. Adieu! In der nächsten Minute rollte der gefürchtete Detektiv in eiligem Tempo nach Scotland Yard zu.

Sobald er angekommen war, gab er sofort den Befehl, Herrn James Stiles Tag und Nacht zu überwachen. Dann nahm er eine gründliche Untersuchung der Photographien in dem sogenannten Verbrecheralbum vor, nach dem Bilde eines gewissen Robert Ames, dessen Duplikat er mit Bestimmtheit unter den Brieffächern der Frau Doyle gefunden hatte, und das er als den Schlüssel zu dem ganzen furchtbaren Geheimnis ansah. Es war eine lange, mühsame Arbeit, die aber schließlich doch belohnt wurde. Die Photographie war kleiner, und, da der Name einer Firma fehlte, zweifellos im Gefängnis aufgenommen worden. Er verglich die beiden Gesichter. Sie stimmten vollkommen miteinander überein. Dann entzifferte er einige Randnotizen, woraus hervorging, daß die Photographie des angeblichen Robert Ames, der des vorjährigen Mordes angeklagt war, von der Sydneyer Polizei nach Scotland Yard geschickt worden war, um sie womöglich zu identifizieren. Diese Identifikation mit irgendeinem der Londoner Polizei bekannten Verbrecher war jedoch nicht gelungen.

(Fortsetzung folgt.)

## Irrungen.

Von G. W. Appleton.

Autorisierte Übersetzung.

(Nachdruck verboten.)

(46. Fortsetzung.)

Entschuldigen Sie 'n Moment, sagte Frau Morrison und eilte die Stiegen hinauf. Nach einer längeren Pause kehrte sie freudestrahelnd zurück und hielt einen offenen Brief in der Hand.

Oh, so was ist mir noch in meinem ganzen Leben nicht vorgekommen, rief sie. Während Sie hier sitzen und gerade mit dem Wisitieren der Tasche fertig sind, kommt jetzt eben dieser Brief. Sehen Sie, Herr Beale!

Der Inspektor nahm den Brief, der bloß das Datum, aber keine Ortsangabe enthielt, und las:

„Liebe Frau Morrison!

Es tut mir leid, daß ich Sie so plötzlich verlassen mußte, aber ein unvorhergesehener Umstand machte meine Rückkehr unmöglich. Gleichzeitig gehen Ihnen per Postanweisung zehn Schilling zu, um meine rückständige Miete zu begleichen, und es wird noch ein Schilling übrig bleiben. Dafür bitte ich Sie, meine Reisetasche an die Gepäckaufbewahrungsstelle der Station Waterloo (Krieglinie) zu besorgen, aber vor sechs Uhr heute. Geben Sie's dort auf meinen Namen ab. Ich habe schon mit dem Beamten gesprochen, damit er Bescheid weiß. Eine Quittung brauchen Sie also nicht zu verlangen. Bitte, veräumen Sie das nicht.

— Ihr dankbarer

James Stiles.“

Beale blickte triumphierend auf. Frau Morrison, sagte er, wenn ich das nötige Vertrauen zu der Qualität Ihres Schnapses hätte, könnte

## Local- und Provinzial-Nachrichten.

### Krainischer Landtag.

Sechzehnte Sitzung am 2. Oktober 1913.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Ivan Suferšič.

Regierungsvertreter: Seine Excellenz k. k. Landespräsident Theodor Freiherr von Schwarz und k. k. Hofrat Wilhelm Ritter von Laschan.

Der Landeshauptmann eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 5 Minuten, nominiert die Abgeordneten Freiherrn von Born und Dr. Zajec zu Schriftführern und stellt dem Hause den Landesgerichtsrat Sturm als Vertreter der k. k. Regierung vor. Weiterhin macht er die Mitteilung, daß Abg. Gangl seinen Dringlichkeitsantrag, betreffend die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für den Landtag, unter dem Vorbehalte zurückgezogen habe, darüber anlässlich der Budgetdebatte sprechen zu wollen.

Im Einlaufe befinden sich verschiedene Interpellationen an Seine Excellenz den Landespräsidenten und an den Landeshauptmann, die zumeist Straßen- und Brückenangelegenheiten sowie Flussregulierungen zum Gegenstande haben, weiters eine Interpellation des Abg. Reiser, betreffend die Dr. Philipp Zaplotnik'sche deutsche Prämienstiftung, die dem Ersten Staatsgymnasium in Laibach entzogen und dem Gymnasium mit deutscher Unterrichtsprache in Laibach zugewiesen worden sei; Dringlichkeitsanträge des Abg. Dr. Triller, betreffend die Umgestaltung des Laibacher Telephonnetzes und die Erweiterung der Telephonzentrale, sowie betreffend den Umbau des Laibacher Südbahnhofes zu einem Zentralbahnhofe, ein Dringlichkeitsantrag des Abg. Pirce, betreffend die Verstaatlichung des Post- und Telegraphenamtes in Krainburg, schließlich mehrere selbständige Anträge, betreffend verschiedene landwirtschaftliche Fragen und Straßenbauangelegenheiten.

Hierauf folgen Berichte des Verfassungs- und Gemeindeausschusses. — Abg. Zabret berichtet über die Änderung des Gesetzes über die Gemeindevermittlungsämter und stellt den Antrag auf Genehmigung des gegenständlichen Gesetzentwurfes, der im § 1 folgendes besagt: Ein Vermittlungsamt zum Vergleichsversuche durch aus der Gemeinde gewählte Vertrauensmänner mit der Zuständigkeit für die im § 11 aufgezählten Fälle von Streitigkeiten in bürgerlichen Rechtsfachen sowie für die Vornahme des im § 28 angeführten Sühnversuches ist in jeder Ortsgemeinde zu bestellen. In ausgedehnten und volkreichen Gemeinden können über Beschluß des Gemeindeausschusses und mit Genehmigung der politischen Landesbehörde und des Landesauschusses auch mehrere Gemeindevermittlungsämter bestellt werden. Gemeinden, die in ihrem Gebiete mehrere Vermittlungsämter bestellen, können jedem dieser Ämter einen besonderen Teil des Gemeindegebietes als Sprengel zuweisen, für den es ausschließlich zuständig ist, oder jedes einzelne Vermittlungsamt für den gesamten Umfang des Gemeindegebietes als zuständig erklären. Dem Landesauschusse ist anheimgestellt, im Einvernehmen mit der politischen Landesbehörde zwei oder mehrere Gemeinden desselben Gerichtsbezirkes, in welchen eine gedeihliche Wirkung eines selbständigen Vermittlungsamtes nicht zu erwarten wäre, zu einem gemeinschaftlichen Vermittlungssprengel zu vereinigen und zugleich den Sitz des Vermittlungsamtes zu bestimmen.

Abg. Dr. Novak wendet sich gegen die obligatorische Bestellung der Vermittlungsämter, die sich bisher nicht bewährt hätten. Die Minorität in den Gemeinden könne aus politischen Gründen zu den von der Gemeinde gewählten Funktionären kein Vertrauen haben und deswegen seien die Vermittlungsämter nur eine Karikatur der Institution selbst. Noch geringeren Erfolg hätten diese Ämter dort, wo sie einfach aufkotrohiert werden sollen. Überdies bedeutete deren obligatorische Bestellung eine empfindliche Belastung der Stadtgemeinden, namentlich der Stadt Laibach, die ein eigenes kostspieliges Bureau hierfür errichten müßte, ohne darnach irgend einen Bedarf zu haben. Die Bestellung der Vermittlungsämter würde das Budget der Städte nur zum Vorteile des Staates belasten. Die national-fortschrittliche Partei werde gegen den Antrag des Verfassungs- und Gemeindeausschusses stimmen.

Abg. Dr. Eger spricht sich gleichfalls gegen die obligatorische Bestellung der Vermittlungsämter aus. Die gemachten Erfahrungen seien nicht darnach, daß man sich dafür begeistern könnte. In Strafsachen hätten die Vermittlungsversuche häufig Anlaß zu neuen Ehrenbeleidigungsklagen gegeben, in Zivilsachen gehörten juristische Kenntnisse und eine längere Erfahrung dazu, um bei Streitigkeiten ein Abkommen zu treffen, das dauernd Fehde und Hader beseitigt. Zudem fänden sich bei der immer mehr überhand nehmenden Verkleinerung der Gemeinden kaum überall hierzu geeignete Persönlichkeiten. Abg. Dr. Eger erklärt, auch vom Standpunkte der Wahrung der Gemeindeautonomie gegen den Gesetzentwurf stimmen zu müssen.

Abg. Dr. Pegan erklärt, die Bevölkerung habe sich wiederholt, und zwar ziemlich allgemein für die Institution der Vermittlungsämter ausgesprochen; nur werde Klage darüber geführt, daß diese Ämter zu geringe Machtbefugnisse hätten. Wenn der gewünschte Effekt bisher noch ausgeblieben sei, so habe dies seinen Grund darin, daß das Volk über die Bedeutung der Vermittlungsämter noch nicht ausreichend aufgeklärt sei. Die erhöhte Belastung der Gemeinden werde durch die Vermeidung der kostspieligen Prozesse reichlich aufgewogen. Die obligatorische Bestellung der Vermittlungsämter sei notwendig, weil es sonst geschehen könnte, daß zuweilen selbst die bereits bestehenden nicht in Anspruch genommen würden. Kleine Gemeinden könnten sich zusammenschließen, um ein gemeinsames Vermittlungsamt zu bestellen, und erforderlichenfalls auch einen gemeinsamen Instruktor oder Sekretär aufzunehmen.

Die Abgeordneten Drobnič, Demšar, Dimnik und Perhavec sprechen sich auf Grund der in ihren Gemeinden mit den Vermittlungsämtern gemachten Erfahrungen insgesamt für die obligatorische Bestellung der Vermittlungsämter aus.

Abg. Dr. Eger erklärt die von den Abgeordneten Demšar und Perhavec erhobene Insinuation, er hätte als Advokat gegen das Gesetz Stellung genommen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen zu müssen, auch habe er nicht gegen die Institution der Vermittlungsämter überhaupt, sondern nur gegen deren obligatorische Bestellung gesprochen.

Abg. Jarc bemängelt das unlautere Verhalten einiger Advokaten gegenüber den Vermittlungsämtern und ruft hiedurch den Widerspruch des Abg. Dr. Tavčar hervor. Auswüchse gibt es überall; ich habe keine Pauschalverdächtigungen ausgesprochen. Um überhaupt der ganzen Angelegenheit die Spitze abzuberechen, beantragt Abg. Jarc die Annahme einer Resolution, derzufolge der Landesauschuß dem Landtage ehestens eine Statistik über die bisherige Tätigkeit der Vermittlungsämter vorzulegen hätte. (Beifall bei den Abgeordneten der Slovenischen Volkspartei.)

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf samt der Resolution des Abg. Jarc angenommen.

Abg. Jarc berichtet über den Gesetzentwurf, betreffend die Einhebung der Kanalgebühr in der Landeshauptstadt Laibach, und stellt den Antrag: 1.) Die Vorlage wird an den Landesauschuß mit dem Auftrage zurückgeleitet, über die Zuschrift der Landesregierung vom 26. August 1913, Z. 2413 Pr., Beratungen zu pflegen und die Wohlmeinung des Laibacher Gemeinderates einzuholen. 2.) Der Gesetzentwurf wäre so abzuändern, daß die Einhebung der Kanalgebühr auf eine solche Grundlage gestellt würde, daß auf die Zinsparteien nur die reine Kanalgebühr entfiel. 3.) Der Landesauschuß hat alle in dieser Hinsicht erforderlichen Vorkehrungen so zu beschleunigen, daß sich der Landtag mit dieser Angelegenheit eventuell noch in der laufenden Session beschäftigen könnte.

Abg. Dr. Triller spricht sich gegen den dilatorischen Antrag des Verwaltungsausschusses aus. Der Landesauschuß hätte die Stadtgemeinde rechtzeitig von der Note der Landesregierung verständigen sollen. Die Kanalgebühr sollte ähnlich wie der Mietzins eingehoben werden. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Einhebung sei technisch unmöglich; es sei schwer auszurechnen, wie bei den öffentlichen Gebäuden die Gebühr einzuheben wäre. Vielleicht ließe sich die Überwälzung der Kanalgebühr auf die Mietzinsparteien durch eine Vollzugsvorschrift und durch eine derartige Stillisierung des § 1 des Gesetzentwurfes verhindern, daß die Einhebung der Gebühr nicht von den Eigentümern der Gebäude, sondern einfach von den Gebäuden festgesetzt würde. Die Sache sei spruchreif, und deswegen empfehle er die Ablehnung des Auschussesantrages und den Übergang in die Spezialdebatte.

Abg. Dr. Gregorič bezeichnet die vom Laibacher Gemeinderate fixierte Grundlage als nicht empfehlenswert, weil sie eine Erhöhung der Mietzinse zur Folge hätte. Hievon aber würden vornehmlich die ärmeren Schichten und der Mittelstand getroffen. Die Steuerzahler dürften nicht zu stark belastet werden, zumal sie statt 80.000 K vielleicht 120.000 K an Kanalgebühr entrichten müßten. Der Gemeinderat sollte sich mit der Frage rasch und eingehend befassen und sie auf eine andere Grundlage stellen.

Es folgen Berichte des Verwaltungsausschusses. — Abg. Jakič berichtet über seinen selbständigen Antrag, betreffend die Entfernung der Bühnen in der Cabranza und Kulpa, und stellt den Antrag, daß der Landesauschuß beauftragt werde, in dieser Angelegenheit alle Vorkehrungen zu treffen, weiters sich mit der kroatischen Regierung hinsichtlich der Regulierung der beiden genannten Flüsse ins Einvernehmen zu setzen. — Angenommen.

Abg. Povše berichtet über den selbständigen Antrag des Abg. Jarc in betreff Änderung des Fahrplanes des Silzuges in der Strecke Afling-Laibach und stellt den Antrag: Das k. k. Eisenbahnministerium wird aufgefordert, wenigstens mit 1. Mai 1914 den Fahrplan des Sil-

zuges in der Strecke Afling-Laibach so abzuändern, daß der Silzug auch in Bischofslad Aufenthalt hätte.

Der Antrag wird, nachdem noch die Abgeordneten Jarc und Pirce dafür eingetreten waren, einhellig angenommen.

Abg. Povše berichtet weiters über die Bewilligung zur Einhebung von 20 % übersteigenden Umlagen zu Straßenzwecken und stellt den Antrag: Den Bezirksstrafenausschüssen in Welbes, Zirknič, Tschernembl, Illyrisch-Feistritz, Stein, Gottschee, Krainburg, Gurkfeld, für Laibach Umgebung, in Loitsch, Laas, Mottling, Rudolfswert, Ratschach, Radmannsdorf, Reifnitz, Bischofslad, Treffen, Neumarkt, Großlaschitz, Oberlaibach und Eisern, die den Nachweis erbracht haben, daß sie mit einer 20%igen Umlage ihr Auskommen nicht finden können, wird für das Jahr 1913 die Einhebung einer Umlage von 30, 25, 40, 33, 25, 30, 24, 39, 26, 40, 40, 30, 24, 25, 30, 50, 40, 22, 30, 50, 36, bezw. 50 % auf alle indirekten Steuern mit Einschluß der Umlagen außer der Personaleinkommensteuer bewilligt. — Angenommen.

Abg. Müller erstattet folgenden Bericht über die Regierungsvorlage, betreffend die Ergänzung der Grundbücher durch Aufnahme des öffentlichen Gutes: Ausgehend von der zur Zeit der Erlassung des Gesetzes vom 25. März 1874, L. G. Bl. Nr. 12, über die Anlegung neuer Grundbücher herrschenden Rechtsanschauung, nach welcher ein öffentliches Gut im Sinne des § 287, 288 a. b. G. B., im privatrechtlichen Verkehr nicht stehen kann und Privatrechte an solchen unzulässig sind, bestimmt obiges Gesetz im § 2, daß derlei Gut von der Aufnahme in die Grundbücher ausgeschlossen ist. Die Folge war, daß bei den Grundbüchern für diese öffentlichen Güter katastralgemeindeweise Verzeichnisse angelegt wurden, welche zwar deren Eigenschaft, wie Landesstraßen, Gemeindegänge, Flüsse, Bäche etc., zum Ausdruck brachten, eine weitere bürgerliche Eintragung aber nicht ermöglichten. In der Folge wurden diese Rechtsanschauung fallen gelassen und sowohl von der Theorie als auch der Spruchpraxis anerkannt, daß das Eigentumsrecht des Staates, Landes, der Gemeinden etc. am öffentlichen Gute ein gleiches ist wie das Eigentumsrecht des Privaten an seiner Liegenschaft, daß andere Privatrechte an solchem Gute bestehen und begründet werden können und daß beide lediglich durch den Gemeingebrauch, dem das öffentliche Gut zu dienen hat, beschränkt sind. Sobald dieser Gemeingebrauch aus irgend einem Grunde entfällt, wird das Eigentum ein unbegrenztes und das betreffende Grundstück steht im allgemeinen Verkehr wie jedes andere. Die bisherige Gesetzgebung trug dieser begründeten neuen Rechtsanschauung nicht Rechnung, bezw. machte dessen Verwirklichung unmöglich. Es entspricht daher einem Bedürfnis, das Grundbuchs-Neuanlegungsgesetz dieser Rechtsanschauung anzupassen und dahin abzuändern, daß die Aufnahme des öffentlichen Gutes in das Grundbuch ermöglicht wird. Diesen Mangel zu beheben, bezweckt die Vorlage der k. k. Landesregierung vom 12. September 1912, Z. 2826 Pr. — Gestützt auf diese Erwägungen, beschloß der Ausschuß, über diese Vorlage in die Spezialberatung einzugehen. Bei der hierauf erfolgten Einzelberatung wurde in Würdigung der zutreffenden, der Vorlage beigegebenen erläuternden Bemerkungen der Beschluß gefaßt, dem Hause die unveränderte Annahme dieser Vorlage zu beantragen.

Landesgerichtsrat Sturm unterzieht die Vorlage einer eingehenden Besprechung und beantragt zum Schlusse deren Annahme. (Beifall.)

Hierauf wird die Sitzung um 1 Uhr nachmittags unterbrochen und deren Fortsetzung auf 4 Uhr nachmittags anberaumt.

\*

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 4 Uhr 10 Min. wird die Verhandlung über die Regierungsvorlage, betreffend die Ergänzung der Grundbücher durch Aufnahme des öffentlichen Gutes, fortgesetzt.

Abg. Dr. Eger erklärt sich mit dem Berichte des Berichterstatters einverstanden, bemängelt aber dann vom juristischen Standpunkte einzelne Bestimmungen der Regierungsvorlage, so namentlich die Eigentumsfrage an dem öffentlichen Gute; die Bestimmung des § 2 stehe auch im Widerspruche zur Bestimmung des § 21 des Grundbuchs-Gesetzes. Redner erklärt, daß er die Vorlage wegen gesetzlicher Unzulänglichkeiten und wegen nicht erfolgter Eigentumseintragungen als unannehmbar erachte und infolgedessen gegen die Vorlage stimmen werde.

Landesgerichtsrat Sturm polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Eger und erklärt u. a., daß der vorliegende Gesetzentwurf bereits in Niederösterreich und in der Bukovina Gesetzeskraft erhalten habe. Die Regierung werde in eine Änderung des Gesetzentwurfes nicht eingehen; er könne nur entweder angenommen oder abgelehnt werden.

Nachdem Abg. Dr. Eger auf einzelne Bemerkungen des Landesgerichtsrates Sturm repliziert und wieder darauf reagiert hatte, spricht noch zum Gegenstande Abg. Piber, der sich vornehmlich mit den mangelhaften Eintragungen im Grundbuche beschäftigt. —

In der Spezialdebatte beantragt Abg. Dr. Lampe die Zurückleitung des Gesetzentwurfes an den Landesausschuß, der im Einvernehmen mit der Landesregierung in der nächsten Session den durch Bestimmungen, die vom Standpunkte der Landesverwaltung in Betracht kommen, ergänzten Gesetzentwurf wieder in Vorlage zu bringen hätte. Nach einigen Aufklärungen des Landesgerichtsrates Sturm wird der Antrag des Abg. Dr. Lampe angenommen.

Seine Excellenz Landespräsident Freiherr von Schwarz beantwortet die Interpellation des Abg. Ribnikar, betreffend die angebliche Einflußnahme des krainischen Landesausschusses auf die Verfassung der Geschworenenurliste, und erklärt, daß die Landesregierung keinen Anlaß habe, in dieser Angelegenheit zu intervenieren. Denn der Landesausschuß habe nicht die Vorlage der Geschworenenliste für sich verlangt, sondern nur die Gemeindeführer angewiesen, sie bis zum 10. September den Bezirkshauptmannschaften vorzulegen, worin gewiß eine Unterstützung der legalen Tätigkeit erblickt werden könne.

Die Abgeordneten Demšar und Dr. Novak beantragen die Eröffnung der Debatte über diese Interpellationsbeantwortung. Der Landeshauptmann unterbricht die Sitzung auf 5 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift als erster Redner Abg. Dr. Krel das Wort und stellt folgende drei Resolutionen: 1.) Die Interpellationsbeantwortung durch Seine Excellenz den Landespräsidenten wird zur Kenntnis genommen und das Vorgehen des Landesausschusses genehmigt. 2.) Die Landesregierung wird aufgefordert, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß das Gesetz, betreffend die Verfassung der Schwurgerichte, genauest durchgeführt werde. 3.) Die Regierung wird aufgefordert, dafür einzutreten, daß die vom Herrenhaufe bereits beschlossene Reform der Schwurgerichte ehestens verfassungsmäßig durchgeführt werde. — In Begründung dieser Resolutionen führt Abg. Dr. Krel aus, daß die Schaffung der Schwurgerichte seinerzeit eigentlich nur einen Sieg des Kriminalisten Glaser bedeutet, daß sie aber schon von allem Anfange an nicht die Zustimmung aller Juristen gefunden habe. Heutzutage werde die Forderung auf eine moderne Reform der Schwurgerichte immer lauter erhoben und die Schaffung von Schöffengerichten propagiert, während den Schwurgerichten ein beschränkter Wirkungskreis überlassen bliebe. Seinerzeit sei gegen die Schöffengerichte der Einwand erhoben worden, daß das Volk für eine solche Institution noch nicht genügend reif sei. Heutzutage aber sei die Bildung schon so weit vorgeschritten, daß sehr wohl Laien zu Urteilsfällungen herangezogen werden könnten. Die Technik der Schwurgerichte sei unzulänglich. Die Geschworenen seien nicht verpflichtet, Gründe für ihren Wahrspruch anzugeben; sie ständen vielfach unter der Macht der Suggestion sei es des Verteidigers oder sonstiger beredter Personen. Abg. Dr. Krel kommt im Verlaufe seiner Rede auf ein typisches Beispiel, auf die gegen seine Person erhobenen Angriffe zu sprechen, die er in scharfer Weise zurückweist. Hierbei wird er des öfteren durch stürmisches Händeklatschen seiner Parteigenossen unterbrochen. Die Person, die die Angriffe gegen ihn erhoben, habe erklärt, sie brauche eine Anklage gegen sich nicht zu fürchten, weil es unter 36 Geschworenen kaum 8 klerikale Geschworene gebe. Aber dieselbe Person habe ihm auch erklärt, sie würde den letzten Blutstropfen gern hingeben, wenn sie das Geschehene ungeschehen machen könnte. — Jeder Abgeordnete müsse für die öffentliche Rechtmäßigkeit und die öffentliche Moral eintreten; die liberale Presse hingegen gehe anders vor. — Hinsichtlich der Schwurgerichte müsse getrachtet werden, daß auch die Proletarier, nicht nur Leute vom Gastwirte und Kaufmanne aufwärts, der deutsch verstände, zur Mitwirkung herangezogen würden. Wenigstens aber müßte das bereits bestehende Gesetz gehandhabt werden. Die Gemeindevorsteher hätten im Sinne des Gesetzes die Geschworenenurlisten zu verfassen, aber zumeist geschehe dies bei den Bezirkshauptmannschaften, wo sehr oft Leute, die nicht deutsch verstünden, gestrichen würden. — Abg. Dr. Krel erklärt schließlich, er sei dem Abg. Ribnikar dankbar dafür, daß er ihm Gelegenheit gegeben habe, in der Sache zu reden; er würde wünschen, daß sich das Verhältnis durch die heutige Debatte geklärt hätte; falls dies nicht der Fall sein sollte, so bliebe nichts anderes als entschiedener Kampf übrig. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Abgeordneten der Slovenischen Volkspartei.)

Abg. Dr. Novak erachtet den Angriff auf die Institution der Schwurgerichte als eine Dreistigkeit, weil man auf das Justizwesen auf illegale Weise Einfluß zu nehmen versuche. (Zwischenrufe.) Die Schwurgerichte bildeten einen Teil der Volksrechte und es stehe der Slovenischen Volkspartei übel an, dagegen aufzutreten. Übrigens würde die Frage der Schwurgerichte nicht im Landtagssaale gelöst. Die Angriffe auf das Schwurgerichtswesen seien unberechtigt und es wäre Pflicht der Landesregierung gewesen, dies ausdrücklich zu betonen.

(Widerspruch.) Den Inhalt des Zirkulars des Landesausschusses habe der Landeschef nicht verlesen. Zwei oder drei Gemeindeführer seien Geldstrafen angedroht worden, weil sie das Zirkular unbeantwortet gelassen hätten. Damit habe der Landesausschuß seinen Wirkungskreis überschritten und die Regierung hätte ihn zur Ordnung rufen müssen. (Landeshauptmann Dr. Susteršič: Ich kann nicht zulassen, daß im Landtage die Autonomie des Landesausschusses angegriffen werde. Keine Regierung ist berufen, den Landesausschuß zur Ordnung zu rufen. Über dem Landesausschuße steht nur der Landtag. Ich konstatiere, daß sich zum erstenmale ein Abgeordneter gefunden, der die Regierung gegen die Autonomie zu Hilfe gerufen. — Der Landeshauptmann erteilt dem Abg. Dr. Novak den Ordnungsruf und ruft ihn, als Abg. Dr. Novak erklärt, der Landesausschuß habe das Justizwesen beeinflussen wollen, neuerlich zur Ordnung.) Das pikante Verhältnis des Abg. Dr. Krel mit einer hysterischen Dame (Zwischenrufe und Widerspruch) habe ihn als Menschen zwar interessiert, aber als Abgeordneten völlig kalt gelassen, also wolle er auf die diesfälligen Ausführungen nicht reagieren. (Ironische Zwischenrufe; Abg. Dr. Triller: Die Sache geht uns doch nichts an. Gelächter, Widerspruch.) Abg. Dr. Novak stellt schließlich den Antrag, daß dem Landesausschuße wegen der Hinausgabe des Rundschreibens die Mißbilligung des Landtages ausgesprochen werde.

Abg. Dr. Pegan verweist auf einen Fall, wo ihm als Verteidiger sein fortschrittlicher Kollege nach Schluß der Schwurgerichtsverhandlung gesagt habe, die Zeit sei noch nicht da, wo in Laibach ein Liberaler von den Geschworenen verurteilt würde. Seitdem stehe er auf dem Standpunkte, daß jeder seiner Parteigenossen, der als Kläger oder Angeklagter vor das Laibacher Schwurgericht käme, jede Hoffnung aufgeben müsse. Dies habe er auch dem Abg. Dr. Krel in dessen Affäre gesagt. (Ruf: Sehen Sie damit vors Gericht!) — Das Zirkular anbelangend, habe der Landesausschuß seine Kompetenz durchaus nicht überschritten, weil er als übergeordnete Behörde das Recht habe, von den Gemeinden die Beantwortung seiner Anfragen zu verlangen.

Abg. Demšar stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. (Angenommen.)

Abg. Graf Barbo erklärt, der Landesausschuß habe kein Unrecht getan, indem er die Rundmachung herausgegeben. Die Androhung der Strafen sei vielleicht ein bißchen zu streng gewesen, aber schließlich müßten die Bürgermeister doch auch erzogen werden. Daher werde Redners Partei für den ersten Teil des Antrages Krel stimmen. — Die Schwurgerichte seien tatsächlich in mancher Hinsicht reformbedürftig. Ein großer Fehler sei es, daß jede durch die Presse erfolgte Ehrenbeleidigung vor die Geschworenen käme, wobei letztere vielleicht unbewußt durch die eine oder die andere Meinung suggeriert seien. Redners Partei werde demnach auch für diesen Teil des Antrages stimmen.

Abg. Dr. Lampe betont, daß die Debatte eine der wichtigsten legislativen Angelegenheiten beleuchtet und außerdem einer monatelang systematisch betriebenen Hege in unserem Lande ein Ende gemacht habe. Er könne in die Verhandlung aus dem Grunde eingreifen, weil er in Sachen des Schwurgerichtes schon eine gewisse Praxis habe und einmal zu neun Monaten verurteilt worden sei. (Heiterkeit; Abg. Dr. Tavčar: Weil Sie unsere Frauen verunglimpft haben.) Damals habe sich Abg. Dr. Tavčar, aber nicht vielleicht als Verteidiger, vor die Geschworenen postiert, habe sie fixiert und terrorisiert. (Widerspruch u. Zustimmung.) Im „Slovenec“, dessen verantwortlicher Redakteur zu seiner Zeit er, Dr. Lampe, gewesen, habe jemand Dr. Tavčars Gemahlin beleidigt, aber der Schreiber der Notiz sei heute Korrespondent des „Slov. Narod“. (Händeklatschen; Abg. Dr. Triller: Nennen Sie ihn!) Redner sei unschuldig verurteilt worden. (Widerspruch; Abg. Dr. Tavčar ruft, daß seine Frau von Gostinčar mit einem Namen belegt worden sei, dessen Anführung der Landeshauptmann als durchaus unzulässig bezeichne.) — Die fortschrittliche Partei habe zur Bekämpfung der Slovenischen Volkspartei in der letzten Zeit eine hysterische Dame bestellt. (Widerspruch.) Abg. Dr. Lampe erklärt weiters, seine Partei wolle keine Verfolgung der fortschrittlichen Presse, und beschäftige sich sohin mit einer in den letzten Tagen im „Slov. Narod“ erschienenen Antwort des Prof. Eblen von Sullje, deren Schlußsatz er zitiert, worauf der Landeshauptmann es auf das entschiedenste rügt, daß solche Unanständigkeiten im Hause vorgebracht würden. (Bravorufe und Heiterkeit. Abg. Dr. Lampe: Der Landeshauptmann hat präsidialiter erklärt, was der „Slov. Narod“ ist. Händeklatschen.) Schließlich verliest Abg. Dr. Lampe unter lebhafter Heiterkeit ein auf Napoleon I. verfaßtes Spottgedicht, das sich ganz gut auf die angebliche Siegesaktion der national-fortschrittlichen Partei anwenden lasse: „Kürassier im Weibetrock, Ritter ohne Schwert, Reiter ohne Pferd“ 2c.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Abg. Dr. Krel wird der Antrag des Abg. Dr. Novak abge-

lehnt, der des Abg. Dr. Krel hingegen zum Beschlusse erhoben; der dritte Teil findet einhellige Annahme. (Landeshauptmann Dr. Susteršič: So hat denn die Sache harmonisch geendet.)

Abg. Povše berichtet über die Petition des Gemeindeführers Tomišelj um Regulierung des Wasserabflusses aus dem See bei der Ortschaft Jezero und stellt den Antrag auf Abtretung dieser Petition an den Landesausschuß, damit der landschaftliche Hydrotechniker anlässlich seiner Amtstätigkeit in dieser Gegend die Verhältnisse untersuche, darüber berichte und Anträge stelle. — Angenommen.

Abg. Dermastja berichtet über den Gesetzentwurf, betreffend die Regulierung der Landesstraße Tschernembl-Weinitz im Straßenkonkurrenzbezirke Tschernembl, und stellt den Antrag auf Annahme des Gesetzentwurfes. — Angenommen.

Abg. Dermastja berichtet weiters über den Gesetzentwurf, betreffend den Bau der Wasserleitung in den Gemeinden Altenmarkt und Unterberg, und stellt gleichfalls den Antrag auf Annahme des Gesetzentwurfes. — Der Antrag wird, nachdem auch die Abgeordneten Jarc und Matjašič dafür eingetreten waren, von ersterer der Landesregierung für die werktätige Förderung der Angelegenheit gedankt hatte, zum Beschlusse erhoben.

Abg. Dermastja berichtet schließlich über die Petition der Ortschaft Zavorovica, Gemeinde St. Barthelma, um Errichtung einer Wasserleitung und beantragt die Überweisung der Petition an den Landesausschuß zu weiterer Amtshandlung. — Angenommen.

Der Landeshauptmann erklärt, er habe erst jetzt ersehen, daß Abg. Dr. Novak gesagt hätte, Abg. Dr. Krel habe ein pikantes Verhältnis mit einer Dame unterhalten. Hätte er diese Äußerung früher gehört, so hätte er gegen den Abg. Dr. Novak den Disziplinaraußschuß einberufen; nummehr beschränke er sich darauf, ihn wegen dieser Verunglimpfung zur Ordnung zu rufen.

Abg. Fallic berichtet über den selbständigen Antrag des Abg. Dr. Pegan, betreffend die Regelung der Personalangelegenheiten der k. k. Staatspolizei in Laibach, und stellt den Antrag: Die k. k. Landesregierung wird aufgefordert, ehestens an zuständigen Stellen alle erforderlichen Schritte einzuleiten, damit die Personalangelegenheiten der k. k. Polizeidirektion in Laibach sachlich der zuständigen politischen Landesbehörde unterstellt, bezw. daß für das Personal der k. k. Staatspolizei in Laibach ein selbständiges Statut geschaffen werde, das auch die slovenische Amtssprache festsetze.

Seine Excellenz Landespräsident Freiherr von Schwarz verweist darauf, daß die Schaffung eines selbständigen Statuts für die Beamtenschaft deren geringere Anzahl wegen schlechte Vorrückungsverhältnisse zur Folge hätte, weswegen sich die Polizeibeamten im Konkretstatus der Triester Polizeidirektion befänden. Hinsichtlich der Mannschaft sei der Antrag gegenstandslos, da das Ministerium schon von allem Anfange deren Vereinigung zu einem eigenen Korps festgesetzt habe. Es sei vorgesorgt, daß hierbei in erster Reihe einheimische Bewerber in Betracht kämen. Die slovenische Amtssprache aber falle in den Wirkungskreis der Zentralregierung.

Abg. Galle stellt den Antrag, daß der letzte Satz des Antrages die Fassung hielte: Die Regierung wird aufgefordert, dahin zu wirken, daß die kompetenten Behörden bei einer entsprechenden Anzahl von Stellenbewerbern von dem Verlangen nach Kenntnis der italienischen Sprache absehen.

Abg. Ribnikar erklärt, sein Dringlichkeitsantrag, betreffend die Einführung der slovenischen Amtssprache bei der k. k. Polizeidirektion in Laibach, sei bisher noch nicht zur Verhandlung gelangt; nun habe Abg. Dr. Pegan einen ähnlichen Antrag eingebracht, und da wolle er schon jetzt zum Gegenstande sprechen. Die Regierung scheine die Polizeidirektion zu einem deutschen Bestände machen zu wollen. Die Wachleute würden verhalten, deutsche Rapporte zu erstatten; außerdem würden bei der Einnahme slovenischer Parteien deutsche Protokolle verfaßt; die Inspektoren brüsteten sich mit ihrer Kenntnis des Deutschen. Das Publikum habe beim Betreten der Amtsräume das Gefühl, als ob dort der deutsche Bureaokratismus seine Zufluchtsstätte gefunden hätte. (Abg. Doktor Lampe: Er läßt nicht Scheiben einwerfen.) Diese Bemerkung ist abgeschmakt. (Zwischenrufe.) Sei die slovenische Amtssprache bei der früheren städtischen Polizei gut gewesen, so liege kein Grund vor, sie nicht auch bei der Staatspolizei einzuführen, für die Laibach alljährlich 80.000 K zu zahlen habe. Der Schutzmann Nr. 39 habe einem Fremden auf dessen Frage, warum Laibach schon um 11 Uhr nachts schon wie ausgestorben daliege, gesagt, die Spannung zwischen den Slovenen und den Deutschen sei so groß, daß sich kein Fremder traue, nachts ohne einen Wachmann durch die Straßen zu gehen. Dies sei charakteristisch für den Geist, der in der Polizeidirektion herrsche. — Redner werde für den zweiten Teil des Antrages stimmen. (Beifall bei den Abgeordneten der national-fortschrittlichen Partei.)

Seine Excellenz Landespräsident Freiherr von Schwarz stellt fest, daß bei der Polizeidirektion von einem deutschen Bureaumatismus nicht die Rede sein könne, daß alle Angestellten Slowenen seien, daß die Behauptung, wonach bei der Einvernahme slowenischer Parteien deutsche Protokolle verfaßt würden, jedenfalls unrichtig sei und daß in Ansehung des Vorfalles mit dem Fremden von einem charakteristischen Geiste in der Polizeidirektion nicht gesprochen werden könne.

Abg. Ribnikar hält die Behauptung, betreffend die deutschen Protokolle mit slowenischen Parteien, unter Berufung auf drei konkrete Fälle aufrecht und fügt noch hinzu, daß Polizeidirektor Graf Küniß und andere Polizeibeamte geradezu provokatorisch am Fenster des Kasinocafés läßen. (Zwischenrufe und ironische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Pegan erklärt, bei der Polizeidirektion werde tatsächlich manchmal in nationaler Hinsicht gesündigt, und es wirke auch nicht gerade erzieherisch auf die Mannschaft, wenn sie ihre Vorgesetzten am Fenster des Kasinocafés sitzen sehe, obschon er weit davon entfernt sei, in dieser Hinsicht den Beamten einen Vorwurf machen zu wollen. Sein Antrag zielt dahin ab, daß die Polizei sachlich der Landesregierung unterstellt werde. — Redner nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, daß sich diese die Ingerenz auf künftige Ernennungen gewahrt habe. Etliche Bewerber seien unter Hinweis auf die Bestimmung der Triester Polizeidirektion hinsichtlich der Kenntnis der italienischen Sprache abgewiesen worden. — Es sei nicht gerechtfertigt, daß die slowenische Mannschaft zur Abfassung oft wichtiger Rapporte in deutscher Sprache verhalten werde. Redners Partei werde gegen den Antrag des Abg. Galle stimmen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Antrag des Abg. Galle abgelehnt und der Antrag des Ausschusses angenommen.

Zur Verhandlung gelangt der Dringlichkeitsantrag des Abg. Dr. Novak, betreffend die Ausscheidung des Landes Krain aus dem Bereiche der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Triest und Schaffung einer eigenen Anstalt in Laibach.

Abg. Dr. Novak lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses darauf, daß Angelegenheiten krainischer Arbeiter oft drei bis acht Monate in Triest unerledigt blieben; darüber hätten der Laibacher Magistrat, die Landesregierung, der Gewerbeinspektor und auch die Statthalterei in Triest ganz genaue Daten. Hunderttausende von Kronen gingen alljährlich nach Triest, aber kein Heller werde in Krain angelegt. Neumarktl habe einmal ein Darlehen von 200.000 K beansprucht, aber da habe die Unfallversicherungsanstalt erklärt, daß das ganze Land Krain dafür haften müsse. (Hört!-Rufe.) Selbstverständlich habe der Landesauschuß diese Insinuation abgelehnt. Gegen ein solches Vorgehen hätten sich schon verschiedene Korporationen beschwert. Die Unfallversicherungsanstalt habe für Triest Geld, hinsichtlich ihrer Leistungen für Krain berufe sie sich auf Prinzipien, die ihr solche unmöglich machten. (Beifall bei den Abgeordneten der national-fortschrittlichen Partei.)

Dem Antrage wird die Dringlichkeit zuerkannt und der Antrag selbst dem Verwaltungsausschusse zugewiesen.

Es folgen Berichte des Finanzausschusses. — Abg. Dr. Zitnik berichtet über den Rechnungsabschluss der Landesbank für das Jahr 1912 und stellt den Antrag: 1.) Der Rechnungsabschluss der krainischen Landesbank in Laibach für das erste Geschäftsjahr 1912 mit dem Verwaltungsüberschusse im Betrage von 31.120 K 38 h wird genehmigt und den Rechnungslegenden das Absolutorium erteilt. 2.) Die Vorlagen des Kuratoriums der Landesbank, bezw. des Landesauschusses, betreffend die Verteilung dieses Überschusses, werden genehmigend zur Kenntnis genommen. 3.) Zur Deckung der Verwaltungskosten für das Jahr 1913 hat die Landesbank an den Landesfonds den Betrag von 16.000 K abzuführen.

Der Antrag wird, nachdem Abg. Jarc unter Beifall dem Kuratorium der Landesbank für seine aufopfernde, uneigennütige Tätigkeit den Dank ausgedrückt hatte, angenommen.

Abg. Dr. Zitnik berichtet weiters über die Petitionen des Gewerbebeförderungsinstitutes für Krain in Laibach um Subvention, bezw. Unterstützung und um Förderung der gewerblichen Fachliteratur, und stellt den Antrag: Dem Gewerbebeförderungsdienste wird mit dem laufenden Jahre 1913 der Landeserhaltungsbeitrag von 8000 K auf 12.000 K erhöht. — Angenommen.

Abg. Dr. Kref leitet mit einer umfangreichen Rede die Verhandlung über die Rechnungsabschlüsse des Landesfonds für die Jahre 1911 und 1912 ein.

Schluß der Sitzung um 9 Uhr abends. — Nächste Sitzung Freitag den 3. Oktober um 11 Uhr vormittags.

(Personalmeldung.) Der Direktor der hiesigen l. l. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt, Herr Anton Crnivec, hat am 1. d. M. einen dreimonatlichen Erholungsurlaub angetreten. Mit seiner Stellvertretung wurde Herr Prof. Dr. Valentin Kusar betraut.

(Aus der Sitzung des krainischen Landesauschusses vom 29. September.) Die Zustimmung des l. l.

Ackerbauministeriums zur Ernennung des Landesbau- rates Gailhofer als Leiter der Vertiefungsarbeiten im Bette des Laibachflusses wird zur Kenntnis genommen. — Dem Gesangsvereine „Ljubljana“ wird für dessen Musikschule eine Subvention von 2500 K bewilligt. — Franz Terhien, Eduard Karbelj und Franz Lampič werden zu definitiven Landesbediensteten ernannt. — Einer Beschwerde wider den Beschluß des Gemeindeauschusses in Unter-Siska, betreffend die Einführung eines 2%igen Schulpfennigs vom Pachtshilling wird Folge gegeben und der Beschluß des Gemeindeauschusses außer Kraft gesetzt. — Dem Landtage wird eine Vorlage über die Teilung der Gemeinde St. Gregor in die Gemeinden Dvorska vas und St. Gregor übermittelt werden. — Dem Feuerwehrvereine in Waltendorf wird eine Subvention von 500 K gewährt.

(Vom Volksschuldienste.) Der l. l. Landesschulrat für Krain hat die absolvierte Lehramtskandidatin Aloisia Modic zur unentgeltlichen Schulpraxis an der achtklassigen städtischen slowenischen Mädchenschule zu St. Jakob in Laibach und die absolvierten Lehramtskandidatinnen Maria Pretnar und Angela Dolcizal zur unentgeltlichen Schulpraxis an der Ersten städtischen Knabenschule in Laibach zugelassen. — Der l. l. Bezirksschulrat in Gottschee hat die Supplentin an der Volksschule in Obergraf Lubmilla Peternel zur provisorischen Lehrerin an ihrem gegenwärtigen Dienstposten ernannt. — Der l. l. Bezirksschulrat in Radmannsdorf hat an Stelle der krankheitshalber beurlaubten Lehrerin Hermine Sirnik die gewesene provisorische Lehrerin in Oberfeld Franziska Vrhanec zur Supplentin an der Volksschule in Breznica bestellt. — Der l. l. Bezirksschulrat in Laibach Umgebung hat an Stelle des studienhalber beurlaubten Lehrers Paul Kunaver den bisherigen provisorischen Lehrer an der Volksschule in Mariafeld Ludwig Jovnik zum Supplenten an der Volksschule in Waitsch bei Laibach und den absolvierten Lehramtskandidaten Gottfried Mesojedec zum provisorischen Lehrer an der Volksschule in Mariafeld ernannt. — Der l. l. Landesschulrat für Krain hat die Zusammenziehung der wiederholungspflichtigen Knaben und Mädchen beim Religionsunterrichte an den Volksschulen in Billichgraz und Mavčice im Schuljahre 1913/14 genehmigt. — Der l. l. Landesschulrat für Krain hat die Bestellung der Lehrerinnen S. Borgia Pivk und S. Gonzaga Groselj an Stelle der verstorbenen Lehrerinnen S. Euphemia Krzinič und S. Maria Kaveria Finžgar an der äußeren Mädchenschule bei den Ursulinerinnen in Laibach genehmigend zur Kenntnis genommen.

(Der Obertrainer Eilzug.) Von der l. l. Staatsbahndirektion in Triest werden wir um die Richtigstellung unserer am 30. v. M. erschienenen Notiz, betreffend den Obertrainer Eilzug, in dem Sinne ersucht, daß dieser Zug keinen direkten Wiener Wagen führt und daß die Fahrzeitbeschleunigung Kfling-Laibach nur sieben Minuten beträgt.

(Zur Errichtung von Zuckersfabriken in Krain.) Der im gestrigen Berichte enthaltene Passus, betreffend die Aufnahme eines Wechseldarlehens, ist insofern richtig zu stellen, als dieses Darlehen nicht behufs Deckung der bis herigen, sondern der zu erwartenden Gründungskosten im Betrage von 7000 K aufgenommen werden soll.

(Sanitäts-Wochenbericht.) In der Zeit vom 21. bis 27. September kamen in Laibach 24 Kinder zur Welt (31,20 pro Mille), darunter 3 Totgeburten; dagegen starben 15 Personen (19,50 pro Mille). Von den Verstorbenen waren 9 einheimische Personen; die Sterblichkeit der Einheimischen betrug somit 11,70 pro Mille. Es starben an Tuberkulose 3 (unter ihnen 1 Ortsfremder), infolge Schlagflusses 1, infolge Unfalles 1, an verschiedenen Krankheiten 10 Personen. Unter den Verstorbenen befanden sich 6 Ortsfremde (40,00 %) und 8 Personen aus Anstalten (53,33 %). Infektionskrankheiten wurden gemeldet: Scharlach 1, Typhus 1, Ruhr 1, Trachom 2, Diphtheritis 1.

(Schadensfeuer.) Wie uns aus Adelsberg berichtet wird, brach am 28. v. M. um 1 Uhr früh im Dorfe Klein-Brdo der Gemeinde Hrenovik ein Feuer aus, das sich rasch ausbreitete und den Besitzern Lukas Klun, Maria Turk und Josef Korc die Häuser sowie die Wirtschaftsgebäude samt den eingebrachten Heu- und Strohvorräten einäscherte. Klun erleidet einen Schaden von 6000 K und ist mit 2000 K versichert; der Besitzer Josef Korc einen Schaden von 8000 K, während die Versicherungssumme nur 5000 K beträgt. Die Haushälterin Maria Turk erleidet einen Schaden von 600 K, der jedoch durch die Versicherung vollkommen gedeckt ist. Das Feuer dürfte gelegt worden sein.

(Staubferien.) Das l. l. Landeszahlamt in Laibach (Kaiser Josephsplatz) bleibt den 7., 8. und 9. d. M. wegen der Hauptreinigung der Amtslokalitäten für den Parteienverkehr geschlossen.

(Diebstähle.) Dem Maurermeister Anton Klemenčič in Selzsch wurde ein Fahrrad im Werte von 80 K entwendet. — Der Besitzerin Anna Stubic in Lantzen bei Skofelca wurden bei 200 Kilogramm Erdäpfel gestohlen.

(Eine diebische Magd.) Am Montag abends schlich sich ein Dieb durch ein offenes Fenster ins Schlafzimmer des Restaurateurs Emil Krzinič im „Marodni dom“ ein und entwendete aus einem Kleiderkasten, worin der Schlüssel steckte, 150 K. Zwölf Stück Silberlöffel ließ der Dieb unberührt. Der Tat verdächtig wurde eine bei K. in Dienst stehende Magd arretiert.

(Eine diebische Bedienerin.) In der Sobarstka steza wurde vorgestern die dort wohnhafte 23 Jahre alte Bedienerin Maria Lachenberger aus Pirnitz verhaftet, weil sie ihrem Dienstgeber Effekten entwendet hatte.

(Dämon Branntwein.) Dienstag früh fand der Besitzersohn Johann Rozman in Ober-Görzsch im Felde eine männliche Leiche, die als des 46 Jahre alten verheirateten Tagelöhners Thomas Skvarca erkannt wurde.

(Verstorbene in Laibach.) Franziska Selan, Fabrikarbeiterstochter, 4 Monate; Josef Prepeluh, Fleischauger, 57 Jahre.

(Kino „Ideal“.) „Das Drama in der alten Mühle“ heißt ein sehr guter Nordiskfilm, der heute nebst dem sonstigen glänzenden Programm zur Vorführung gelangt. — Morgen das tiefergreifende Lebensbild „Wenn die Glocken läuten“, Dienstag „Seine Kammerjungfer“, das feinste Lustspiel der Saison, am nächsten Samstag „Der lebende Leichnam“ nach Leo Tolstoj's Roman.

(Ein überaus wirksames Mittel gegen veraltete Magenleiden und Verstopfung.) Die raschen und sicheren Erfolge, welche mit Stomozhgen erzielt wurden, machen es weit und breit zu einem beliebten Hausmittel. Stomozhgen ist ein vollkommen harmloses Sauerstoff-Präparat und ist in jeder Apotheke erhältlich. Man nimmt es am besten dreimal täglich, und zwar je ein bis zwei Tabletten zwischen den Mahlzeiten. Die Erfolge bei Magenverstimmungen, Verstopfung und den vielen Leiden, welche diese Übel nach sich ziehen, sind geradezu glänzend. Die Säure im Magen verschwindet, man hat kein Herzklopfen mehr. Die Schmerzen in der Leber und den Nieren sowie im Rücken treten nicht mehr auf. Die Nerven werden gekräftigt. Stomozhgen wird von vielen bedeutenden Ärzten verordnet, da der Sauerstoff, welchen es enthält, eine Wirkung hervorruft, wie man sie günstiger kaum beobachten kann. Es ist allgemein bekannt, daß der Sauerstoff die Luft verbessert; es reinigt und kräftigt aber auch den Magen und die Nieren und tötet die Keime, welche häufig die Ursache schwerer Krankheiten sind. Jeder Apotheker führt Stomozhgen ober, wenn er es nicht hat, kann er es Ihnen beschaffen. Ein Versuch wird jeden von der Vorzüglichkeit dieses Präparates überzeugen.

(Quälende Hämorrhoidalleiden,) die die Patienten körperlich und geistig herunterbringen und ihnen das Leben verbittern, werden am sichersten durch Sarglehners Hunyadi Janos Bitterwasser bekämpft und vermieden. Dieser wahre Freund aller, die infolge ihrer Lebensweise und ihres Berufes ein Hämorrhoidalleiden akquiriert haben, kann von Gelehrten, Doktoren, Beamten, Schriftstellern, überhaupt Personen mit sitzender Lebensweise nicht mehr gemißt werden. Speziell bei Hämorrhoidalleiden übt das echte „Hunyadi Janos“ einen so günstigen Einfluß auf die Gesundheit aus, weil es nicht nur den Darm täglich frei hält, sondern die Hypochondrie und den Appetitmangel beseitigt. 2330 3-2

## Theater, Kunst und Literatur.

\*\* (Kaiser Franz Joseph-Jubiläumstheater.) Vor mehreren Jahren gelangte die geistvolle Komödie von Oskar Wilde „Ein idealer Gatte“ zur Aufführung. Die Vorstellung befestigte den günstigen Eindruck, den der jüngste Lustspielabend hinterließ, und Herr Spielleiter Schramm hatte mit seinen Künstlern für wiederholten herzlichen Beifall zu danken. — Raum mangels halber folgt ein näherer Bericht morgen.

(Aus der deutschen Theaterkzlei.) Samstag findet als Festvorstellung zur Feier des Allerhöchsten Namenstages bei festlich beleuchtetem Hause die Erstaufführung von Ernst Hardts fünfaktigem Drama „Tantris der Narr“ statt. Als nach dem Ausklingen des Realismus die neue literarische Richtung der Neurontiker ihr Haupt erhob, war — nach Gerhart Hauptmanns „Der arme Heinrich“ — Ernst Hardts „Tantris der Narr“ einer der größten Erfolge. Den alten Stoff der Tristan- sage behandelnd, gewinnt die Dichtung den bekannten Gegenstand durchaus neue Seiten ab. In fünf der stimmungsvollsten Akte die seit langem geschrieben wurden, rollt das Bild der Liebe von Isolde Blondbaar zu Tristan, dem Neffen ihres Gemahls, des alternden Königs Marke, vorüber. Das Werk stellt hohe Anforderungen an die Darsteller und ist ein Probestück für die Leistungsfähigkeit einer Bühne, die sich die Pflege auch des modernen literarischen Dramas zur Aufgabe gestellt hat. Unser Schauspielpersonal ist seit längerer Zeit eifrig bemüht, der Dichtung eine würdige Aufführung zu bereiten und die Proben sind unter der Leitung des Herrn Direktors Franz Schramm, der selbst die Rolle des Herzogs Denovalin spielt, im vollsten Gange. Das Werk erlangt am l. l. Hofburgtheater in Wien mit Josef Kainz in der Titelrolle einen glänzenden Erfolg und wurde durch die Verleihung des Schiller- und Grillparzerpreises ausgezeichnet. Die weiteren Hauptrollen sind in den Händen der Damen: Hart (Königin), de Polant (Brangäne), Falkone (Grinelle), Linhart (Page Paranis), den Herren Ferstl (König Marke), Burz (Dinas von Liban), Zober (Ganelun), Kopal (der alte Ugrin) und Holger (Tristan von Lonois).

## K. k. priv. allgemeine Verkehrsbank in Wien.

Stand der Geldeinlagen gegen Kassaheine und Einlagsbücher am 30. September 1913:

K 71,529.873.

